



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0466

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

22.02.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren	01.03.2021	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	22.03.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Wohnungslosigkeit beseitigen - Housing-First-Konzept umsetzen
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.02.2021 zum
Antrag Nr. 2021/0411

Anlage/n:

0466 - Antrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Marc Nohl
Geschäftsführer

Geschäftsstelle
Mülheimer Str. 7A
51375 Leverkusen
Tel.: +49 (214) 50 33 08
Fax: +49 (214) 5 84 17
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 19. Februar 2021

Konzept „Housing First“: Änderungsantrag zum Antrag 2021/0411

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Änderungsantrag zum Antrag 2021/0411 der Gruppe DIE LINKE auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

- 1. Die Verwaltung richtet zum „Housing First“-Konzept eine Arbeitsgruppe ein.**
- 2. Die Arbeitsgruppe besteht aus der Verwaltung und je einem Mitglied der Fraktionen, Gruppen und Einzelvertretern. Hinzugeladen werden je nach Fortschritt der Gespräche Vertreter*innen von WGL und Caritasverband.**

Begründung:

„Housing-First“ ist einer der Ansätze in der Wohnungslosenpolitik. Dieser befindet sich in Deutschland noch in einer frühen Phase.

Bei der näheren Befassung stellen sich schnell erhebliche finanzielle und konzeptionelle Fragen. Diese sind vor allem: Trägerschaft, Finanzierung und geeigneter Personenkreis.

Teilweise bestehen Bedenken, Wohnungen an dieses Klientel direkt zu vermieten. Daher spricht Einiges dafür, Wohnungen anzukaufen und weiterzuvermieten. Dies konnte bisher überwiegend nur über erhebliche Privatspenden erreicht werden. Insofern ist zu eruieren, ob es hierfür in unserer Stadt Wege gibt.

Zur Umsetzung des Projekts sind personelle Ressourcen erforderlich. Damit ist die Frage verbunden, wer diese personellen Ressourcen stellt und wie diese finanziert werden.

Nach unserer Auffassung wird die Verwaltung schnell auf diese Punkte stoßen. Eine frühzeitige Einbindung der Politik scheint uns sinnvoll. Die Verwaltung sollte das Thema zunächst

aufarbeiten und dann die Politik einladen. Zu einem geeigneten Zeitpunkt werden WGL bzw. Caritasverband eingebunden.

Mit freundlichen Grüßen,

Stefan Baake
Ratsherr

Roswitha Arnold
Fraktionsvorsitzende